

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsgeldern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Verlagspreis monatlich drei Mark 25 Pfennig (halbjährlich 12,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Söllerbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft S. p. A. / Geschäftsleitung: Dresden-U. Söllerbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanstalt: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 12. Juni 1928 Nummer 135

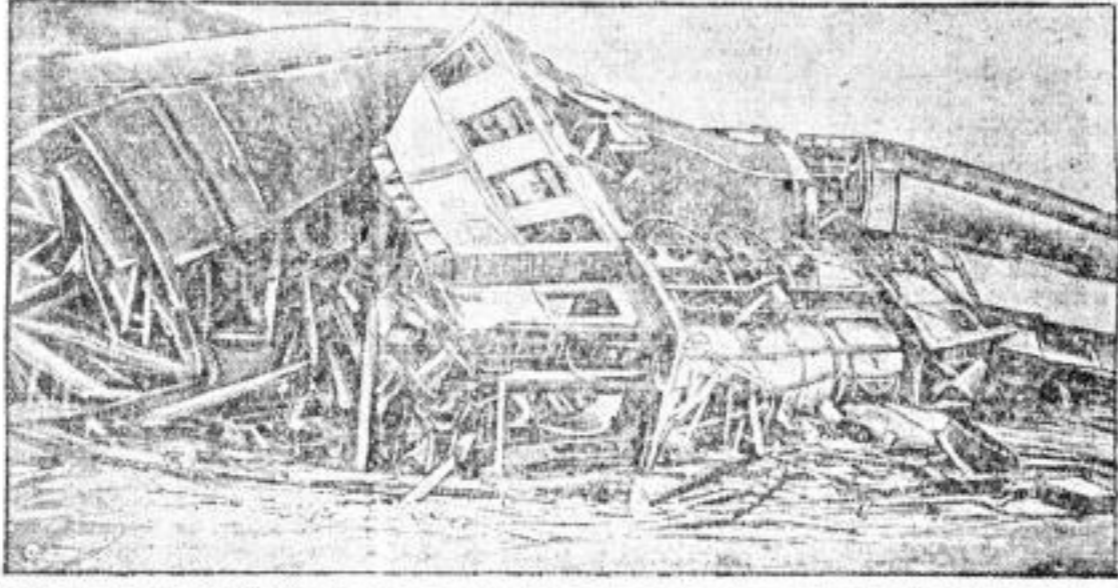
## Regierungsbildung durch die SPD

Die SPD-Reichstagsfraktion beschließt den Auftrag Hindenburgs an Hermann Müller anzunehmen  
Die polnische Sozialdemokratie bewilligt den Kriegsetat Pilsudskis

### Das Eisenbahnunglück bei Siegelisdorf 24 Todesopfer

Das Unglück bei Siegelisdorf ist eines der schwersten, das die deutsche Reichsbahn je betroffen hat. Unsere Aufnahme zeigt den Trümmerhaufen, der ein einziges Chaos von verbogenen Eisenstangen, Holzverkleidungen und Glassplittern bildet. Die Lokomotive hat sich vollständig umgedreht, liegt also mit dem Ende in der Fahrtrichtung; außer dem ist sie beim Sturz von der Böschung auf den Bahndamm zu liegen gekommen. Die mittleren Wagen sind auf die Lokomotive gestürzt; durch den ausströmenden Dampf wurden fast alle Reisenden des darüber liegenden Wagens so schwer verletzt, daß sie nach wenigen Stunden ihren Verletzungen erlagen. Unsere Aufnahme läßt erkennen, wie die Wagen, soweit sie nicht völlig zertrümmert wurden, sich durch die Wucht der Fahrt nebeneinandergelegt haben.

München, 11. Juni. (Telunion.)  
Wie die Reichsbahndirektion München mitteilt, hat sich die Zahl der Toten bei dem Eisenbahnunglück bei Nürnberg auf 24 erhöht. In der Zwischenzeit sind gestorben der Rangierer Schlober aus Alschaffenburg und die Schloßeresehefrau Anna Krottenberger. Die Untersuchung über das Unglück wird fortgesetzt.



### Neue Manöver und Enthüllungen

Die sächsischen Sozialdemokraten und die Regierungsbildung  
R.R. Die Volkszeitung hat ihre Hauptaufgabe in der Vorbereitung des Regierungseintritts der Sozialdemokraten darin gesehen, daß sie möglichst zu den Dingen geschwiegen hat. Soweit aber sie und die sächsischen SPD-Zeitungen überhaupt Stellung nahmen, versuchten sie, die Arbeiter glauben zu machen, als sei auch nach dem Beschluß des Parteiaussschusses in der SPD noch die Absicht vorhanden, die Beteiligung an der Koalition von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen. Diese Mär versucht der Bezirksvorstand der SPD Ostachsens auch jetzt noch den Arbeitern zu erzählen. So veröffentlicht die Volkszeitung gestern einen Beschluß dieser Sitzung, in dem die Forderung nach Bedingungen erhoben wird. Gleichzeitig veröffentlicht die Volkszeitung eine Rede Edels, die dieser vor dem Bezirksvorstand gehalten hat. Edel erhebt Bedenken gegen die Beteiligung an der Regierung, weil die SPD dann das Vertrauen der Massen verlieren werde. Er erklärte gleichzeitig, daß der Pressedienst der SPD irre führe und berichtet habe, daß der Vertreter Sachsens haben insgesamt gegen den Beschluß des Parteiaussschusses gestimmt.

Der Bezirksvorsitzende der SPD Ostachsens stellt also fest, daß der Pressedienst seiner Partei die Arbeiter, die gesamte Öffentlichkeit belogen und betrogen habe, um die Koalitionsregierung eingehen zu können. Die Unwahrhaftigkeit der SPD-Führerschaft wird damit von einem prominenten Vertreter Sachsens selbst aufgedeckt. Gleichzeitig deutet Edel aber, wenn auch vielleicht unbewußt, die Unwahrhaftigkeit der „Linken“ an. Edel erklärte, nach der Volkszeitung, daß die sächsischen Führer gegen den Beschluß des Parteiaussschusses gestimmt, weil dieser eine Entschliegung abgelehnt habe, die von der Reichstagsfraktion erwarte.

„Daß sie die Teilnahme an der Regierung mit bürgerlichen Parteien entsprechend der Resolution des Kieler Parteitages unbedingt abhängig mache von der Erfüllung bestimmter, im Interesse der Arbeiterschaft gelegener Forderungen.“

Weiter haben die Vertreter des Bezirks Ostachsens die Einberufung eines Parteitages verlangt. Wenn der Pressedienst der SPD berichtet habe, der Antrag auf Einberufung dieses Parteitages sei einstimmig abgelehnt, dann habe der Pressedienst gelogen. Wir registrieren dies nur, weil das weiter bezeichnend ist, wie verlogen die SPD die Arbeiter unterrichtet.

Bezeichnend aber bleibt doch die Verlogenheit der „Linken“. Hier sind sie mit dem Pressedienst gleiche Brüder, gleiche Kappen. Der Parteiaussschuß hat es abgelehnt, die Reichstagsfraktion auf Bedingungen zu binden. Lustig und frech schrieben aber die sächsischen Zeitungen weiter davon, daß Bedingungen gestellt werden. Der veröffentlichte Beschluß des Parteiaussschusses ließ die Frage noch offen, jetzt enthüllt Edel, daß der Ausschuß ganz eindeutig abgelehnt hat, Forderungen aufzustellen. Das wußten aber die Redakteure der sächsischen Zeitungen, das wußte auch die Toni Sender. Wenn sie trotzdem den Anschein zu erwecken suchten, als stehe die Frage der Bedingungen und Forderungen noch offen, dann war das nichts anderes als der Versuch der bewußten Irreführung und Täuschung der Massen. Jetzt hat Edel selber die Demagogie enthüllt. Daß es dazu kommen mußte, das zeigt, wie stark der Widerstand und der Unwille der SPD-Arbeiter über den schamlosen Betrug und die Irreführung durch ihre Führer ist. Die Volkszeitung verschweigt denn auch vorsichtig, was die Mitglieder zu dem Manöver sagen; nur das Referat Edels wird gedruckt. Dafür erfährt man einiges aus der Volkszeitung für die Oberlausitz. Hier haben die Mitglieder der Gruppe Löbau zur Regierungsbildung Stellung genommen. Sehr zaghaft und schüchtern versuchte Kleineißelt nach dem Bericht der Volkszeitung den Mitgliedern das Verhalten des Parteivorstandes begreiflich zu machen. Jedoch aus der gesamten Mitgliedschaft erhob sich ein Widerstand gegen diese Politik. Nur Ambrös wagte es, sich ebenfalls gedreht und gewunden, für die Regierungsbeteiligung auszusprechen. Auch er erklärte, daß die Bürgerlichen nur deswegen bereit seien, mit den Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden, „um das Wahlergebnis vom 20. Mai nach Möglichkeit in reaktionären Sinne auszunutzen“. Man hätte ein Programm aufstellen sollen. Nun müßte mit „festem Kurs regiert werden, und wenn es nicht mehr geht, dann sei eine „eindeutige Opposition“ zu machen. Vergt erklärte, daß die Fragen der Volk- und Sozialpolitik in einer Koalition nicht gelöst werden könnten. „In bisherigen Koalitionen ist die SPD stets unterlegen“, erklärte dieser Redner. Ein anderer Redner, Bombach, erklärte, daß er die allergrößten Bedenken gegen die Große Koalition habe; es be-

### Der Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion

Berlin, 12. Juni. (Eig. Draht.)

Gestern nachmittag konstituierte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wobei sie den bisherigen Vorstand Hermann Müller wiederwählte.

Nach einem Referat Hermann Müllers erklärte sich die Fraktion damit einverstanden, daß dieser den heute zu erwartenden offiziellen Auftrag Hindenburgs zur Bildung der Großen Koalition annimmt. Bekanntlich führte Hermann Müller seit einigen Tagen „Vorverhandlungen“, deren Endergebnis die Koalitionsregierung sein wird.

Der Reichsanstler Marx wird heute vormittag die Gesamtdemission seines Kabinetts dem Reichspräsidenten überreichen. Hindenburg wird die Demission annehmen und den Kaiser und seine Minister beauftragen, die Regierungsgeschäfte bis zur Neubildung der Regierung fortzuführen. Noch im Laufe des heutigen Tages wird der Sozialdemokrat Hermann Müller von Hindenburg empfangen und mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Wie die bürgerliche Presse bereits gestern abend mitzuteilen weiß, (die sozialdemokratischen Mitglieder werden in der Dresdner Volkszeitung darüber nicht informiert) ist in vertraulichen Besprechungen, die Müller zusammen mit den Führern der bürgerlichen Parteien in den letzten Tagen gehabt hat, bereits beträchtliche Vorarbeit geleistet worden. Nachdem der gestern gefasste Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion den Weg zur Großen Koalition vollständig freigelegt hat und Hermann Müller absolut freie Hand erhalten hat, bewegt er nun mit Vollstimmigkeit zur Großen Koalition. Wie die Volkszeitung heute morgen mitteilt, will Hermann Müller bereits nach zwei bis drei Tagen dem Reichspräsidenten die neue Ministerliste zur Ernennung vorlegen. Auch in der Frage der personellen Zusammenlegung des Kabinetts der künftigen Großen Koalition dürfte es kaum noch ernsthafte Schwierigkeiten geben. Die Befehung einer Reihe wichtiger Ministerien steht von vornherein fest. Das voraussichtliche Stärkenverhältnis dürfte wahrscheinlich sein: 4 SPD, 3 Zentrum, 2 Volksparteiler, 1 Demokrat, 1 Vertreter der Bayerischen Volkspartei und Dr. Groener. Wahrscheinlich werden Dr. Stresemann, Dr. Curtius und auch der Bayer Schaeckel als Postminister ihre Reforts behalten. Ob die Sozialdemokraten werden durchziehen können, daß Severing Innenminister und Dr. Hilferding Finanzminister wird, ist noch ungewiß. Auf den Seiten des Reichsinnenministers meldet neuerdings auch das Zentrum Ansprüche an und für das Reichsfinanzministerium die Demokraten und das Zentrum. So wird für das Reichsinnenministerium auch der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, v. Gerard, und für das Finanzministerium auch der bisherige Finanzminister Köhler genannt.

Wie auch der Schacher um die einzelnen Ministerposten abgeschlossen werden mag, eines steht fest: Die SPD ist bedingungslos für die Große Koalition bereit. Die „Linken“ SPD-Führer, die noch in den letzten Tagen den Koalitionskurs damit zu verwickeln versuchten, indem sie für die Beteiligung an der Großen Koalition bestimmte Forderungen zur Durchführung eines Mindestprogramms forderten, sind auf der ganzen Linie geschlagen. Ihre Aufgabe beruht nur noch darin, die Koalitionspolitik vor den Arbeitermassen zu verteidigen.

Das Bündnis, das die SPD-Führer mit den Ausbeuterparteiern schloßen und praktisch bereits geschlossen haben, die Große Koalition, wird den breiten Massen der Arbeiter die Verräterrolle der SPD aufs neue vor Augen führen. Der Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion, die Bildung der Großen Koalition zu übernehmen, ist nur die letzte formelle Bestätigung dafür, daß die SPD-Führer bereit sind, ihrer Arbeitersolidaritätspolitik mit dem Trutzkapital parlamentarisch Ausdruck zu geben, den antikapitalistischen Willen der 12 Millionen Wählermassen auf dem schnellsten Wege zu vergewaltigen. In der Großen Koalition werden die SPD-Führer die Vollstrecker des Willens der Kapitalisten sein.

Noch ehe das offizielle Bündnis der SPD-Führer mit dem Trutzkapital, für das die Große Koalition nur der sichtbare parlamentarische Ausdruck ist, geschlossen ist, muß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf gegen diese verräterische Politik der Koalition und der Arbeitersolidarität aufnehmen. Die Große Koalition ist nichts anderes als die Fortführung der Politik des Bürgerblocks mit sozialdemokratischer Verbrämung. Im Kampfe gegen diese Regierung und ihre arbeitersolidarische Politik muß sich die gesamte Arbeiterschaft unter der Führung der Kommunisten zusammenfinden.

### Feng befehlt die Pekinger Regierungsgebäude

U. Peking, 11. Juni. General Feng hat entgegen seinem Abkommen mit General Fenschan die Regierungsgebäude, die Banken, die Post und das Gebäude des Präsidenten der Republik befehlt. Dadurch beherrscht General Feng die Stadt Peking. Fenschan droht keine Truppen aus Peking zurückzuführen, wenn die Hanling-Regierung General Feng nicht Befehl gibt, die Gebäude zu räumen.

### 120 Chinesen ertrunken

U. London, 11. Juni. Nach Meldungen aus Hongkong sind bei dem Untergang des Luftschiffes „Kochan“, das sich auf dem Wege von Hongkong nach Buthow befand, 120 Chinesen ertrunken. Das Schiff lief auf eine Sandbank und sank sofort. Etwa 320 Personen konnten gerettet werden.